

Antrag

des Abgeordneten Martin Steiner und der Liberal-Demokratischen Fraktion

Privatisierung der Deutschen Bahn

Der Bundestag wolle beschließen:

A. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Die Deutsche Bahn AG befindet sich seit Jahren in einer strukturellen Krise. Trotz massiver staatlicher Zuschüsse ist es weder gelungen, die wirtschaftliche Effizienz der Bahn zu steigern, noch eine zuverlässige und kundenorientierte Infrastruktur sicherzustellen.
2. Die aktuelle Konzernstruktur der Deutschen Bahn AG mit einer Vielzahl an Tochterunternehmen ist intransparent, steuerlich ineffizient und steht im Widerspruch zu einem schlanken, wettbewerbsfähigen Eisenbahnmarkt.
3. Der staatliche Einfluss auf operative und strategische Entscheidungen führt regelmäßig zu Interessenskonflikten zwischen Gemeinwohlorientierung und unternehmerischem Handeln – zu Lasten der Kundinnen und Kunden.
4. In zahlreichen europäischen Nachbarländern haben Privatisierungen oder öffentlich-private Partnerschaften im Eisenbahnsektor zu mehr Wettbewerb, besseren Dienstleistungen und effizienterer Infrastrukturführung geführt.
5. Eine teilweise oder vollständige Privatisierung der Deutschen Bahn, unter gleichzeitiger Trennung von Netz und Betrieb sowie strenger Regulierung des Netzzugangs, kann dazu beitragen, die Bahn wettbewerbsfähig, klimafreundlich und zukunftsfähig zu machen.

B. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. Ein Konzept zur schrittweisen Privatisierung der Deutschen Bahn AG vorzulegen, das klare Kriterien für Marktöffnung

Wettbewerb, Servicequalität und Gemeinwohlverpflichtung definiert.

2. Die organisatorische Trennung von Netzbetrieb und Verkehrsdienstleistungen voranzutreiben, um einen diskriminierungsfreien Zugang für Wettbewerber zu gewährleisten.
3. Einen konkreten Zeitplan zur Öffnung des Personen- und Güterverkehrsmarkts für private Anbieter zu erstellen, einschließlich gesetzlicher und regulatorischer Anpassungen.
4. Die Rolle des Bundes als Eigentümer der Deutschen Bahn neu zu definieren und Möglichkeiten eines Rückzugs aus nicht sicherheits- oder gemeinwohlrelevanten Bereichen zu prüfen.
5. Eine unabhängige Expertenkommission einzusetzen, die binnen zwölf Monaten Empfehlungen zur Strukturreform und möglichen Privatisierungsschritten der Deutschen Bahn erarbeitet.
6. In regelmäßigen Abständen dem Bundestag über den Fortschritt der Reformmaßnahmen zu berichten und die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Auswirkungen zu evaluieren

Berlin, den 17. April 2025

Martin Steiner und die Liberal-Demokratische Fraktion